

Redebeitrag Martin Mertens

Fachtagung des Bundesverbandes Produktionsschulen e.V.
Wilhelmsdorf 2018

Deutschlands Ausbildungssystem gilt als eines der besten der Welt. Da ist wohl viel Wahres dran.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass unser Bildungssystem Jahr für Jahr lt. Bertelsmann Stiftung 80.000 Menschen im Stich lässt. Nämlich jene, die auf dem fest etablierten Weg über Schule und Studium zum Beruf stolpern, aus welchen Gründen auch immer, und auf dem anderen fest etablierten Weg Duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ebenfalls scheitern.

Für sie gibt es im deutschen Bildungswesen keinen dritten fest etablierten Weg ins Erwerbsleben. Die Betroffenen drohen ausgegrenzt zu werden: erst aus unserem Bildungssystem und dann aus dem Berufsleben. Am Ende droht der Ausschluss aus unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist ungerecht für jeden einzelnen, den es betrifft, und wirkt sich auf langer Sicht negativ für alle aus.

Die Produktionsschulen in Deutschland ändern das. Sie bieten eine Alternative: eine echte dritte Chance zum Beruf. Wir verstehen Produktionsschulen als Bildungsangebot, das die beiden Bildungswege Schule plus Studium und Duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule sinnvoll ergänzt. Die wissenschaftliche Expertise liegt seit vielen Jahren vor.

Jugendliche, die rausfallen, brauchen fest etablierte Strukturen, die eine professionelle pädagogische Förderung zur individuellen Kompetenzentwicklung und notwendiger Nachreifungsprozesse ermöglichen.

Tatsache ist: Langfristig haben wir einen Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf in der sich mehr als 200.000 junge Menschen befinden. Sie benötigen alle eine sinnvolle individuelle Unterstützung für deren weitere persönliche, soziale und berufliche Lebensentwicklung. Noch viel zu viele scheitern in diesem System.

Zunächst einmal bleibt schlicht festzuhalten:

Sowie es noch weiße Flecken beim Zugang zu leistungsstarken Mobilfunknetzen in Deutschland gibt, so steht es auch mit einer bundesweit flächendeckenden Abdeckung von Produktionsschulen.

In letzten zehn, zwanzig Jahren wurde bei der Frage neuer Zugangswege in Ausbildung und Arbeit für junge Menschen, die beim Übergang Schule-Beruf chancenlos geblieben sind, verstärkt der Blick auf Produktionsschulen gerichtet. In vielen Bundesländern entstanden dabei Förderprogramme, meistens im Kontext jugendhilferelevanter Unterstützungen oder alternativer Schulpflichterfüllungsinstrumente. Meist für eine junge Zielgruppe mit einem besonderen Förderbedarf, die aber von vorrangigen Sozialleistungssystemen wie zum Beispiel dem SGB II oder SGB III oder dem Regelschulsystem nicht oder nicht ausreichend gefördert werden.

Produktionsschulen haben in den letzten 30 Jahren im Feld der Benachteiligtenförderung ein eigenständiges pädagogisches Profil entwickelt und praktiziert, und zwar unabhängig von wechselnden Maßnahmen, Förderprogrammen und Richtlinien. Unsere entwickelten Qualitätsstandards stehen dabei als gemeinsamer roter Faden für alle Angebote im

Übergang zur Verfügung. Sie dienen ebenfalls der allseits geforderten Übersichtlichkeit und der Qualitätssicherung eines neuen Übergangssystems.

Bei Produktionsschulen und Jugendwerkstätten treffen Elemente der Jugendhilfe, schulischer und außerschulische Berufsvorbereitung sowie Arbeitsförderung zusammen.

Hieraus ergeben sich auch die fachlichen, rechtlichen und finanziellen Zuständigkeiten in Deutschland. Einerseits die Bundesgesetzlichen Regelungen im Sozialgesetzbuch II und III und dem Berufsbildungsgesetz und andererseits die Länderschulgesetze sowie das Kinder- und Jugendhilfegesetz mit der besonderen Rolle der Länder und Kommunen. Allerdings sind die finanziellen Grundlagen unbeständig und mit wenigen Ausnahmen prekär d.h.

überwiegend Projektförderungen, sehr abhängig von Landes- und Programmen des Europäischen Sozialfonds und abhängig von der jeweiligen politischen Zusammensetzung).

Das hat zur Folge, dass eine nachhaltige Finanzierung aus unterschiedlichen Rechtskreisen bzw. deren Abstimmung und Synchronisierung bislang noch fehlt.

Aus diesem Grund bleibt die Verstetigung der Produktionsschulen durch die Etablierung im Berufsbildungssystem bzw. in einem neugestalteten Übergangssystem Schule-Beruf der wesentliche Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit. Deutschland benötigt im Übergangsbereich neben den Angeboten der Berufsschule bzw. den Maßnahmen der Arbeitsagenturen oder Jobcenter ein festes, eigenständiges Bildungsangebot für junge Menschen, die schulmüde und noch nicht „ausbildungsreif“ sind, das auf Grundlage bundesweiter Qualitätsstandards basiert.

Weil es weiter bundesweit weder verabredete Zieldefinitionen oder Qualitätsstandards noch Statusklärungen von Produktionsschulen gibt, hat sich in Deutschland eine Vielfalt an institutionellen Ausprägungen und Förderprogrammen innerhalb der

Produktionsschullandschaft entwickelt. Dies führt auch dazu, dass qualitative Essentials wie Qualitätsstandards nicht durchgängig und gleichermaßen eingehalten werden.

Eine bundesweite Regelung muss die zukünftige fachliche und finanzielle Grundlage sein. Dabei sollte die Finanzierung unabhängig von Versicherungsleistungen z.B. SGB III und ESF-Geldern geregelt werden. Dies auch vor dem Hintergrund der neuen ESF-Förderung ab 2021, der Deutschland nach dem BREXIT vor einige Probleme stellt.

Die jeweiligen Kommunen und Bundesländer spielen aber auch eine gewichtige Rolle und müssen bedarfsgerecht eigene Mittel in die Haushalte einstellen. Ein

Produktionsschulangebot muss unabhängig von konjunkturellen oder anderen besonderen Krisenlagen organisiert sein.

Wie können nun zukünftig Produktionsschulen als Regelangebot in einem solchen Übergangskonzept begründet werden?

Die Pädagogischen Prinzipien der Produktionsschulen decken sich inhaltlich weitgehend mit den genannten Forderungen an ein neues Übergangssystem und deren didaktisch-curriculare Ausgestaltung.

Die Initiative Bildungsketten, getragen durch Bundesbildungs- und Arbeitsministerium, der Bundesagentur für Arbeit und den Ländern, will sukzessive eine strukturierte und kohärente Förderprogrammatik von Bund und Ländern im Übergangsbereich schaffen. In diesem Rahmen böte sich z.B. die Möglichkeit, Produktionsschulen neben den

Berufsschulen als nachhaltiges Element dort festzuschreiben. Auch im Rahmen der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes könnten dort ein inhaltlicher Rahmen gesteckt werden.

Zunächst können wir feststellen: Manchmal braucht es halt ein bisschen länger bis gute Ideen von den Regelsystemen und deren Institutionen aufgegriffen werden. Das Konzept der Produktionsschule ist solch ein Beispiel. Alle finden es gut, aber jeder in der Bildungslandschaft hat so seine eigene Statusvorstellung oder Definition parat. Und so bleiben die Produktionsschulansätze oft in ihren Kinderschuhen stecken.

Im Übergang Schule-Beruf können die Vorteile des Produktionsschulkonzepts konsequent in folgenden Feldern umgesetzt werden bzw. werden schon vereinzelt umgesetzt:

1. Die vertiefende Berufsorientierung der Produktionsschulen ergänzt die bestehenden schulischen Angebote, indem zielgerichtete Aktivitäten zur Berufswahl und Kompetenzentwicklung mit praxisorientierten, betriebs- und berufskundlichen Projekten verbunden werden.
2. In der Berufsausbildungsvorbereitung haben Produktionsschulen das Ziel, ihre jungen Mitarbeiter/innen nach dem Motto: Jede/r hat nach dem Abschluss einen Anschluss in Ausbildung, Beschäftigung oder weiterführende Bildungsangebote zu vermitteln. Dazu wird eine zielgerichtete (individuelle) Integrationsstrategie im Kontext des regionalen Arbeitsmarktes umgesetzt.
3. Bei der dualen Ausbildung durch betriebsnahe Organisation und Lernen im Wertschöpfungsprozess wird zu annähernd 100% eine betriebliche Ausbildung widergespiegelt. Betriebliche Ausbildungsphasen werden ebenfalls in die Ausbildung integriert. Viele Träger von Produktionsschulen können auf lange Erfahrungen im Bereich Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen bzw. speziellen Förderprogrammen der Bundesländer zurückgreifen.
4. Wenn Produktionsschulen duale Ausbildungen anbieten, so können diese auch als Nachqualifizierungsangebote genutzt werden.
5. Weiter können im Rahmen der Berufsvorbereitung Schulabschlüsse erworben werden.
6. Lernen in heterogenen Lerngruppen ist möglich und sinnvoll.

Die flächendeckende Einrichtung und der Betrieb von Produktionsschulen macht nicht nur pädagogisch, sondern auch ökonomisch Sinn, weil sie gleichzeitig mehrere Felder des Übergangssystems abdecken.

Voraussetzung ist aber, dass das Konzept bzw. die vielfältigen Angebote nicht einer kurzfristigen Ausschreibungspraxis unterliegen, sondern langfristig angelegt und nachhaltig organisiert sind.

Fazit:

Der Prozess einer Reform der Beruflichen Bildung vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen wie Digitale Transformation, Fachkräftemangel, demografischer Wandel sowie Integration und Inklusion ist wegweisend für unsere Zukunft in Europa. Wir als Produktionsschulen müssen dabei einen speziellen Blick auf den Übergang Schule-Beruf

richten. Wir müssen darauf achten, dass wir einen dritten Weg etablieren, der den Namen Übergangssystem verdient hat, das zum Ziel hat, zukunftsorientierte und gerechte Lösungen für alle jungen Menschen zu entwickeln und umzusetzen.

Aber Achtung: Wenn wir das Motto unserer Qualitätsstandards „Nur wo Produktionsschule drin ist, soll auch Produktionsschule drauf stehen“ ernst nehmen, dann gilt es durch politische und fachliche Einmischung der vielfältigen Produktionsschul-Praxis und Finanzierung weiter ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zu widmen. Hier sind wir als Verband gefragt, um im Dialog mit Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie auch anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen notwendige relevante Fortschritte anzustoßen und umzusetzen. Der Verband wird in nächster Zeit das Gespräch suchen, um bei relevanten Akteuren Kooperationspartner zu finden, um die Verbreitung und Installation von Produktionsschulen weiter zu unterstützen und zu forcieren. Nicht nur die Kommunen und Bundesländer sind dabei von großer Bedeutung, auch der Bund muss seine bildungspolitisch gewichtige Rolle ernst nehmen.